

Nicht zur Publikation bestimmt!

Fünfter Bericht über unsere Arbeit in Berlin und in der DDR

September 1985

27. Juni 1985

I. Gesellschaftlicher Teil: 8. Mai 1985, 40 Jahre Befreiung. *OE*

Schon letztes Jahr konnte man spüren, dass 1985 das Gedenken dieser Tage im Mai womöglich am intensivsten und am wichtigsten sein würden. Und so ist es auch geschehen. Warum gerade nach 40 Jahren?

Es ist nicht eindeutig zu erklären, auch wenn die Bibelvertrauten Menschen an die 40 Jahre in der Wüste gedacht haben.

Eines ist sicher: die Zeit ist bald vorbei, wo die Generation derjenigen, die das Kriegsende und überhaupt die ganze Zeit seit 1933 bewusst erlebt haben, noch lebt. Und gerade 40 Jahre nach einem Ereignis gibt es eine Konstellation, die es früher oder später nicht gibt. Da können drei Gene-

rationen miteinander ins Gespräch kommen: die erwachsenen Zeugen, die für die damalige Zeit Verantwortung tragen, ihre Töchter und Söhne, die damals

als Kinder Zeugen waren und Leid erfahren haben, und die dritte Generation, die diese Zeit nicht erlebt hat, die Generation der Nachfragenden.

Trotz dieser günstigen Konstellation kann man aber nicht sagen, dass dieses Gedenken zu einer erfolgreichen Bewältigung der Vergangenheit geführt hat. Dieser Misserfolg stellt sich zwar auf unterschiedlicher Weise in der BRD als in der DDR dar, aber weder hier noch da kann man sagen, dass dieses Stück Vergangenheit wirklich verarbeitet ist.

Man kann sich natürlich fragen, ob das ein Grund ist, um solange weiter über diese Zeit nachzudenken, bis sie "verarbeitet" ist, oder ob die schon jetzt zu spürende Müdigkeit in Bezug auf die Faschismuszeit vielleicht doch gerechtfertigt ist.

Was uns aufgefallen ist: das Sprechen über diese Zeit ist umgeben von einer emotionalen Hülle, die kaum dazu beiträgt, dass man sich damit ehrlich auseinandersetzen kann. Öfters haben wir gedacht, die Verarbeitung wäre einfacher, jedenfalls möglicher, wenn man diese Zeit wie eine normale -wenn auch grauenvolle- Periode der Geschichte betrachten und angehen würde.

Über die Peinlichkeiten, die anlässlich des Reagan-Besuchs in der BRD und drum herum passiert sind, brauchen wir hier nichts sagen. Das wäre ein Thema an sich.

Hier möchten wir lieber versuchen, unsere Gedanken zusammenzufassen, die nach Seminaren und zahlreichen Gesprächen in der DDR um den 8. Mai entstanden sind.

Vorneweg eine Bemerkung: die DDR ist ihrem Selbstverständnis nach ein Staat, der auf der antifaschistischen Tradition aufgebaut ist. Wenn man sich mit der Geschichte der Gründung der beiden deutschen Staaten beschäftigt, fällt auf, dass die DDR diese Tradition konsequent übernommen hat.

Die folgenden Bemerkungen über die Grenzen einer Verarbeitung der Nazizeit bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung werden in dem Moment ungerecht und irrelevant, wenn man diese antifaschistische Grundlage der DDR aus dem Auge verliert, und etwa pauschal mit den Grenzen der Verarbeitung in der BRD vergleicht.

Die Grenzen der Verarbeitung

Allgemein kann man sagen, dass der Hauptgrund für das Unbehagen vieler DDR-Bürger gegenüber der Nazizeit darin liegt, dass das Volk viel zu schnell zu den Siegern gerechnet wurde.

Die "Entnazifizierung" wurde schon wirksam vollzogen, aber den kleinen Leuten, den einfachen Mitläufern wurde keine Zeit gelassen, wirklich zu begreifen, was passiert war. Viele haben ihre Vergangenheit verdrängt und sind eigentlich neue Mitläufer geworden. Und mit den Plakaten, die am 8. Mai überall in der Republik zu lesen waren, ("Wir sind die Sieger der Geschichte", "40 Jahre unser Sieg") kann sich die Mehrheit in diesem Land nicht identifizieren.

Und tatsächlich: es wird kaum mehr davon Notiz genommen, dass 90% der Menschen zwischen 1933 und 1945 auch auf dem heutigen Gebiet der DDR für Hitler waren. Und es ist doch etwas peinlich, wenn -das soll vorkommen!- ein Schüler in einem Aufsatz schreibt, im letzten Weltkrieg hätten die DDR-Leute mit der roten Armee gegen die Faschisten gekämpft.

Das Problem ist folgendes: man hat in der DDR eine "gute Tradition", auf die man sich berufen kann, die aber zahlmässig nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung getragen wird. Das hat folgende Konsequenzen:

1) Die Frage der Schuld wurde nie befriedigend gestellt.

Da man davon ausgeht, dass Faschismus nichts anderes ist als eine Konsequenz des imperialistischen Kapitalismus, hat das Gedenken des 8. Mai nicht etwa mit Busse und Versöhnung zu tun, sondern mit Stolz, den Weg des Sozialismus -also den richtigen- seitdem gegangen zu sein. Und das hat zweifellos eine gewisse Legitimität. Aber noch einmal: was macht man für die ganzen Leute, die jetzt erst mit Mühe anfangen, den Sozialismus als Gesellschaftssystem anzuerkennen? Sollen sie weiterhin in die Kirche gehen, um mit ihrer Schuld fertigzuwerden?

2) Wichtige Phenomene wurden nie richtig geforscht.

Die marxistische These, wonach die Hauptursache des Faschismus der imperialistische Kapitalismus ist, so richtig sie auch sein mag, hat dazu beigetragen, dass bestimmte Merkmale der faschistischen Ideologie nie richtig verarbeitet wurden.

Hierzu nur einige Beispiele. Durch Jahrhunderte hindurch hat man in Deutschland die Gehorsam als Kardinaltugend des Bürgers gepriesen. Und diese Haltung, verbunden mit einer ziemlich unkritischen Obrigkeitshörigkeit und mit einem Mangel an Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen für die politische Gemeinschaft, ist zweifellos eine günstige Voraussetzung gewesen für die Entstehung der faschistischen Diktatur.

Heute kann man in der DDR nicht beobachten, dass die Bürger ganz weg geworden sind von dieser problematischen Haltung. Zwar hat die Mehrheit keineswegs ein blindes Vertrauen in der Regierung, aber das hat mehr mit Antikommunismus zu tun als mit demokratischer Reife. Anderswo haben wir schon erklärt, wie besser die Strukturen der sozialistischen Volksdemokratie in der DDR funktionieren würden, wenn jede(r) Bürger(in) seine (ihre) gesellschaftliche Verantwortung ernstnehmen würde.

Ein weiterer Punkt ist die Haltung gegenüber Randgruppen wie zum Beispiel Homosexuellen. In der Bevölkerung hat überhaupt kein Lernprozess stattgefunden, und den Betroffenen ist es noch praktisch unmöglich, ihre Sexualitätsform offen zu zeigen. In der Kirche hat zwar neuerdings eine Diskussion darüber angefangen, aber das Thema ist noch so geladen, dass man mit vielen Schwierigkeiten rechnen muss.

Auch bei staatlichen Stellen ist das Thema etwas Tabu. In ehemaligen KZs wird die Erwähnung der Homosexuellen als verfolgte Gruppe leicht vergessen, in der Literatur über die Nazi-Terror werden sie auch nur leise erwähnt.

Der dritte Punkt, den wir nennen müssen in diesem Zusammenhang, ist der Antikommunismus. Bei diesem Punkt kann man praktisch wie in der BRD von einer ungebrochenen Linie sprechen. Das trifft natürlich besonders auf die Kirche zu, wo zwar Schuld gegenüber den Juden und den Polen bekannt wurde, aber sehr selten gegenüber der Sowietunion (1). Aber auch in der Schule und im öffentlichen Leben werden genausowenig der theoretische Antikommunismus wie die schlechten Erfahrungen, die das deutsche Volk zum Teil mit diesen Befreiern gemacht hat, reflektiert. Und damit, dass die Propaganda die Aversion der Bevölkerung gegenüber der Sowietunion mit harmonievollen Parolen über Freundschaft und Brüderlichkeit übertüncht, ist das Problem des Antikommunismus wohl noch nicht gelöst!

Diese drei Punkte sind Beispiele von Themen, die diskutiert werden müssten, damit eine Verarbeitung dieses Stückes Geschichte vollzogen wird, die aber in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wurden.

Was den Schulunterricht betrifft, so ist zu bemerken, dass sachlich den Kindern unheimlich viel an historisches Wissen vermittelt wird, dass aber der emotionaler Bezug überhaupt nicht hergestellt wird. Die Frage, wie die Jugendlichen damit umgehen, dass die Verbrechen der Nazis nicht von irgendwelchen anonymen Faschisten begangen wurden, sondern von den Grossvätern der heutigen Schüler, wird nicht problematisiert, und das ist mit eine der Ursachen dafür, dass die Verarbeitung, die wir hier erwähnt haben, nicht ausreichend stattfindet.

(1) Zu bemerken ist in dieser Hinsicht das Papier, das zum 8. Mai Aktion Sühnezeichen Friedensdienst/DDR herausgegeben hat, wo dieser Aspekt der Schuld gegenüber der Sowietunion ganz deutlich betont wird. (Was gerade nicht der Fall ist in der gemeinsamen Erklärung des Bundes und der EKD!)

2. Kirchlicher Teil.

2.1. Informationen

2.1.1. Kirchentage 1985

Düsseldorf

Wie jedes zweite Jahr veranstaltete die EKD ihren zentralen Kirchentag. Wie vor zwei Jahren in Hannover haben wir mit dem HKH einen Stand be_treut auf dem Markt der Möglichkeiten, wasvielleicht einen anderen Einblick ermöglicht als der eines normalen Teilnehmers. Unser Gefühl bleibt allerdings gespalten. Wir möchten es ganz kurz aussprechen.

- Einerseits bleibt so ein Freiraum für engagierte Christen eine traumhafte Möglichkeit, sich auszudrücken und öffentlich wirksam zu werden. Die Arbeitsthemen schienen uns klarer und konzentrierter zu sein, die Aussagen dazu auch: Arbeitslosigkeit, Gen-technologie, Deutschlandfrage, Südafrika, Friedenssicherung. Die offizielle EKD-Stimme war sehr selten zu hören, die von konservativen

Kreisen noch weniger. Also mehr sachliche Eindeutigkeit.

- Auf der anderen Seite wurde diese stärkere Eindeutigkeit durch den immer stärker werdenden "Markt"charakter der Kirchentage verschwommen. So eine riesige Mammothveranstaltung hatte man nie erlebt. Dieses riesige Angebot war nichtmehr zu überschauen, und nicht selten erfuhr man durch die Zeitungen was geschehen war. Diese Schwierigkeit wurde dadurch verstärkt, dass es ein Prominentenkirchentag war. Die Massen waren von berühmten Persönlichkeiten angezogen, die inhaltlich nichts Neues sagten, während engagierte und eindeutiger Redner in leeren Hallen sprechen sollten: 15000 für R. von Weiszäcker, aber 350 für Angela Davis, und überfüllte Halle für E. Eppler, aber kaum ein Drittel für ein Gespräch zwischen G.Gaus (ehemaliger Vertreter der BRD in der DDR) und M. Stolpe (2.er Mann der DDR-Kirche) z.B., so dass viele guten Sachen in der Fülle des Angebotes untergegangen sind.

Schwankungen in der politischen Atmosphäre des Landes waren auch zu spüren: CDU-Stände kaum besucht, Grüne gespalten und nicht glaubwürdig, SPD mit Wahlerfolgeln und Zulauf.

Greifswald

1983 war die greifswalder Landeskirche sogut wie die Einzige, die keinen Lutherkirchentag veranstaltete. Dieses Jahr hat sie es nachholen können. Anlässlich des 500^{en} Geburtstages von Johann Bugenhagen, und des 450^{en} Jahrestages der pommerschen Kirchenordnung, die er schrieb, feierte vom 21-23.6 die Landeskirche den Reformator des Nordens und Seelsorger Luthers mit einem Kirchentag und einen daran anschliessenden Geschichtssymposion sowie eine Festsitzung der Synode.

Der Kirchentag, der unter dem Motto "Durch den Glauben reich sein" stand, fing mit Musik, Gesang, Vorstellung der 3 Foren und einen Sketch an, wo Bugenhagen, von einem Pfarrer gespielt, selber sein Leben und Werk darstellte, und sein Entfremden über diese aufgeblasene Ehrung zum Ausdruck brachte. Er rief dabei auch die Kirche zur ständigen Reformation auf, und beklagte die Last der kirchlichen Hierarchie und die mangelnde Überzeugungskraft der Christen. Motto des Abends war ebenfalls ein Bugenhagen -Spruch: "Wenn du Christus kennst, ist das genug".

Am Samstag fanden 3 Foren statt, die je in ihrer Weise das Motto "Durch den Glauben reich sein" variierten: in der Gemeinschaft der Hoffenden - in der Vielfalt des Lebens - Hunger nach Recht und Frieden.

Das erste Forum war an sich an "normale" Gemeindeglieder gerichtet, und arbeitete durch Bibelarbeit, Vortrag, Singen, kleine Gesprächsgruppen und kommunikatives Handeln den Zusammenhang von Glauben und Hoffnung. Ein riesiger Hoffnungsbaum wurde dann mit bunten Blättern versehen.

Das Zweite behandelte die Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten, auch mit Bibelarbeit, Vortrag und Spielen.

Das Dritte - das vom Westfernsehen wörtlich verfolgt wurde - ging an den Zusammenhang zwischen Recht und Frieden. "Wie hängt das Recht am Frieden?" 10 Jahre nach der Schlussakte von Helsinki fragte man sich, was es mit dem "Recht auf Frieden" geworden war, und diskutierte den Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte. Wie in den anderen Foren hielt J. Zink die Bibelarbeit. M. Stolpe (Konsistorialpräsident des Bundes) hielt ein Referat über "10 Jahre KSZE Schlussakte - Zweigniederlassung DDR", und eine Podiumsdiskussion antwortete auf die Fragen des zahlreichen Publikums. Das Ganze war mit Rockmusik, kurzen Theaterstücken, jiddischen Liedern unterbrochen.

Am Abend fand in der herrlichen Umgebung einer Klosterruine neben der Stadt ein Abend der Begegnung statt, wo mit Spielen und Abendmahl die Begegnung zwischen den Greifswaldern und den Gästen gefördert wurde. Zurück in die Stadt streckte sich dann der Abend noch lang in die Nacht hinein, durch Meditationsgottesdienste, mit Rockmusik, Diashows und Kabarettstückchen, die von jungen Gemeindegliedern veranstaltet worden waren.

Am Sonntagvormittag fanden neben zahlreichen Gottesdiensten eine Fragestunde an die Kirchenleitung sowie ein Treffen mit den sehr zahlreichen ökumenischen Gästen statt. Am Nachmittag fand auf dem Marktplatz eine grosse Abschlussveranstaltung statt, mit liturgischem Teil, Diskussion um Bugenhagen und Meditation. Soweit zum Ablauf.

Drei kurze Bemerkungen noch dazu:

- Es herrschte die ganze Zeit eine entspannte Stimmung, trotz der auffallend starken Anwesenheit des Westfernsehens. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen war gut, und die Stadt hatte mehrere Gebäuden zur Verfügung gestellt. Von kirchenleitender Seite aus war das gewollte regionale und volkstümliche Charakter des Treffens auffallend. Bugenhagens Kirchentag als Fest Pommerns!

- Grosse Aufmerksamkeit bekam das Forum "Recht und Frieden", besonders das Referat von M. Stolpe und die Podiumsdiskussion. Im Referat erläuterte Stolpe die Geschichte vom Geist der Entspannung in Europa, ausgehend von dem Potsdamer Abkommen. Auf Helsinki kommend erläuterte er ausführlich alle Punkte des Abkommens in ihrer Reihenfolge. Er machte klar, sowohl was die DDR alles geleistet hat, wie auch die bestehenden Mängel, besonders an Freizügigkeit. Er warnte aber davor, die Errungenschaften der DDR in Menschenrechtsfragen (Arbeit, Gesundheit, Bildung...) durch einen leichtfertigen Ausreiseantrag aufs Spiel zu setzen, weil das eben Rechte sind, die man allzu leicht als selbstverständlich sieht, und deswegen erst zu schätzen lernt, wenn man sie nicht mehr geniessen kann. Er plädierte dafür, die schon vorhandenen Rechte zu sichern und Schritt nach Schritt auf Weitere auszudehnen. Das bedeutet aber Gesprächsbereitschaft und Engagement in der Gesellschaft. Während der Podiumsdiskussion wurde auf Fragen geantwortet: besonders Interesse fanden die Antworten auf die Einheit der Menschenrechte, den Preis, der zu bezahlen ist, wenn man für sein Recht stehen will, die Bereitschaft, auf sein Recht zugunsten eines Anderen zu verzichten (individuell, aber auch politisch, z.B. gegenüber der Dritten Welt), wobei betont wurde, das es nicht aus Resignation geschehen darf.

- Trotz -oder vielleicht eben wegen - der guten Stimmung war ab und zu und bei einigen Veranstaltungen, besonders bei Jugendlichen, Unmut zu spüren gegenüber der Kirchenpolitik, die zu vorsichtig wäre, gegenüber stark hierarchischen Strukturen der Kirche und der Kirchentagskommission. Für viele ist offenbar die Kirche jetzt schon installiert, rekurriert und eingespannt worden in das parteipolitische Gefüge der DDR. Und viele kritischen Anmerkungen an den Kirchentag selber oder an dieses Hochjubeln von Bugenhagen sind auf diesem Hintergrund zu verstehen, nach dem Motto: die Kirche wird auch leblos und steif, wir müssen die Kirche links überholen.

2.1.2. Streit in der Friedensarbeit

Je mehr die Zeit vergeht, desto schwieriger wird es, allgemeingültige Beobachtungen über die Friedensarbeit in der DDR zu machen. Die Positionen innerhalb der "Friedensbewegten", seien sie Christen oder nicht, sind sehr unterschiedlich, teilweise prinzipiell, teilweise punktuell entgegengesetzt, und die Spannungen und Streitpunkte fehlen nicht. Alle bisherigen Versuche, diesen verschiedenen Gruppierungen eine gemeinsame Struktur zu geben, für die Koordination usw., sind fehlgeschlagen. Von einigen dieser Streiten möchten wir am Schluss unseres Aufenthaltes in Berlin anhand unserer Erfahrungen versuchen, zu berichten.

Menschenrechte oder Friedensfrage

Soll man die Frage der Menschenrechte mit der der Friedenserhaltung verknüpfen, oder lieber auf getrennten Wegen behandeln? Diese Frage ist ein Streitpunkt auch in der DDR. Einige Menschenrechtsgruppen hatten sich in der DDR nach der Schlussakte von Helsinki 1975 gegründet. Die Kirche hatte auch eine spezielle Arbeitsgruppe zu diesem Thema geschaffen, aber das Echo reichte weit über die kirchlichen Gruppen hinaus. Das Thema wurde dann durch die Friedensfrage ein bisschen verdrängt, die viel mehr Breite in Kirche und Gesellschaft fand. Nun ist die Friedensbewegung etwas angeknickt, und einige Gruppen in der DDR möchten von der Publizität der "unabhängigen Friedensbewegung" Gebrauch machen, um die Menschenrechtsfrage im Vordegrund zu stellen. Die meisten dieser Leute sind keine Christen, und wollen es auch nicht werden, benutzen aber im Rahmen des Möglichen das Dach der Kirche. Man kann sie in Parallel setzen in vielerlei Hinsicht mit der Gruppe Charta 77 in der CSSR. Sie haben Ende letztes Jahres einen gemeinsamen Appel veröffentlicht. In diesem Jahr hat auch eine DDR-Gruppe einen Brief in die selbe Richtung über die Grünen in der BRD bekanntgemacht, den sie an E.Honecker anlässlich des UNO-Jahres der Jugend geschickt hatten. Da fordern sie das Recht auf allseitige Bildung, freien Zugang zu Informationen, Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, usw. Solche Aktionen und Strömungen stossen in den westlichen Fbn auf grosse Sympathie, weil sie da durch ihre Solidarität mit diesen Leuten der Öffentlichkeit beweisen können, dass sie nicht kommunistisch unterwandert sind. So haben AND (GB), IKV (NL) und Teile der Grünen die prinzipielle Verbindung von Friedensfragen und Menschenrechtsfragen erklärt. Die Ziele der FB im Westen müsse im Osten durch Menschenrechtsforderungen ergänzt werden. In der DDR finden solche Vorstellungen zunächst einmal ein grosses Echo, wegen der Reisen- und Informationsfreiheitbeschränkungen. Die Erfahrung des polnischen Nachbarn lässt allerdings viele bezweifeln, dass so etwas durch westlichen Druck erreicht werden kann. Andere sind dieser Verknüpfung der beiden, an sich wichtigen Themen gegenüber sehr skeptisch und ablehnend, weil sie als die grösste aktuelle Gefahr und Aufgabe die Erhaltung des Friedens sehen, und befürchten, dass die Ausdehnung der Friedensfrage an die Menschenrechtsfrage die Friedensbestrebungen der

osteuropäischen Länder in Frage stellen würde. Ausserdem ist die Frage der Menschenrechte eine sehr stark ideologisch geprägte Frage, wo bürgerliche und sozialistische Wertvorstellungen gegeneinander prallen, die nicht durch einen Vertrag beseitigt werden können.

Die Kirche, selber z.B. in Reise- und Informationsfragen privilegiert, ist zurückhaltend und vermittelnd. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass mit Gesprächen über einzelne Fälle viel mehr zu erreichen ist als durch den Druck der westlichen Öffentlichkeit.

Streitpunkt "Frieden konkret"

Seit drei Jahren versucht die Kirche, eine Art Friedenskoordination zu schaffen zwischen allen vorwiegend kirchlichen Gruppen der Republik. Einmal im Jahr organisiert eine Landeskirche ein grosses Zusammenkommen der Friedensgruppen, "Frieden konkret" genannt. Nach Berlin und Eisenach war dieses Jahr Schwerin dran (cf. K.i.S. 2/85). Die anfängliche Regel des Ausschlusses der Öffentlichkeit wurde dieses Jahr nicht mehr so streng gehandhabt. Diese Veranstaltung verfolgte offenbar zwei Ziele:

- Sie soll ein Instrument schaffen, das überregional sowohl koordinatorische wie auch thematische Impulse in die zerstreuten Gruppen gibt. Solche Koordination und Informationsaustausch finden schon in einigen Grossstädten statt. Es sollte auf das ganze Land erweitert werden. Die Kirche als Institution oder als Dachfunktion behält die Oberhand, leitet und entscheidet alles, bis hin zur Auswahl des Delegationsprinzips und Zahlenstärke dieser oder jener Gruppe.
- Sie soll "Basissynode" sein, wo jede kleine Interessengruppe sich vorstellen kann und nach Partnern suchen kann, wo Informationen, Erfahrungen ausgetauscht werden, Verabredungen und Termine abgemacht werden, Ideen, Initiativen oder Projekte zu allgemeinen Leitlinien der Friedensarbeit gemacht werden können.

Nach Berichten von mehreren Teilnehmern klaffen diese zwei Ziele immer mehr auseinander. Unzufriedenheit herrscht anscheinend bei den meisten Gruppen, aus den unterschiedlichsten Gründen: Gruppen, die sehr stark den Basischarakter der Friedensarbeit betonen wollen, sowie Randgruppen oder nichtkirchliche Gruppen beklagen sich über den basisfeindlichen Charakter solcher Treffens (3 Tage) sowie von der Unmöglichkeit, ihr Anliegen in den Strukturen oder Entscheidungen durchsetzen und überhaupt einbringen zu können, andere von der Hochkarriertheit des Unternehmens, andere noch des westlichen Charakters nicht nur der Sache an sich, sondern auch der thematischen Schwerpunktsetzung (z.B. Dritte Welt). Zuviel Strukturen Anpassungsdruck für die Einen, schlechte und undurchschaubare Strukturen und Verfahrensweisen für die Anderen, mangelnde organisatorisch und thematisch klare Zielsetzung sind die am meisten gehörten Vorwürfe.

Wehrdienst oder totale Verweigerung

In Sachsen ist seit letztem Jahr ein Streit aufgebrochen, der an sich nicht neu ist, der aber eine Entwicklung deutlich zeigt. Er hat sich polarisiert zwischen dem Landesjugendpfarramt (spez. H. Brettschneider) und dem Ökumenischen Basisseminar Königswartha, das mit der CFK zusammenarbeitet. H. Brettschneider hatte 1984 bei der Jugendkonferenz des LWB in Budapest eine bemerkenswerte Rede gehalten (cf. K.i.S. 3/84), wo er den Rüstungswettlauf in der Reihenfolge "Ost und West" angeprangert hatte, und die Schuld gleichermassen auf die USA und UdSSR verteilte. Die Tatsache, dass er im Namen der kirchlichen Jugend der DDR sprach, rief Widerspruch hervor, besonders in Königswartha, wo Jugendliche sich gar nicht vertreten fühlten, weil sie bewusst ihren Wehrdienst in der NVA leisten oder geleistet haben. Sie konnten sich mit der offiziellen kirchlichen Stimme nicht zufrieden erklären, wonach Kriegsdienstverweigerung das deutlichere Zeichen des Friedenswillens ist. Nach mehreren Gesprächen haben sie einen

Brief an die sächsische Kirchenleitung und den Landesjugenpfarramt geschickt und veröffentlicht, wo sie ihre Haltung erklären. Sie beklagen die Uninformiertheit vieler jungen Christen, ihren Unwillen, die Sachen in Weltzusammenhängen zu sehen, politische Naivität und Gleichgültigkeit sowie eine Portion Opportunismus, besonders bei den Bausoldaten. Dieser Brief hat viel Lärm gemacht, und die Diskussion ist noch am Anfang zwischen den Beteiligten.

Wir erzählen das nicht, um zu entscheiden, wer Recht hat, sondern weil die Alternative Wehrdienst- totale Verweigerung, mit Ausklammerung der Bausoldaten, eine interessante Entwicklung zeigt, die sich weiterverschärfen könnte. Für beide Seiten wird mit der Zeit der Dienst bei den Baueinheiten nicht mehr akzeptiert:

- für die, die Wehrdienst leisten wollen, weil das immer mehr eine opportunistische und scheinheilige Lösung ist: man hat mittlerweile so gut wie keine Nachteile nachher zu befürchten (z.B. mit dem Studiumplatz) und es ist nicht so hart wie der Wehrdienst. Ausserdem ist das Argument trügerisch, man trage keine Waffe, sei also von der kriegsvorbereitenden Übung des Schiessens nicht betroffen, weil die Bausoldaten noch häufig für die Vorbereitung der militärischen Übungen eingesetzt werden (Bauten, Aufräumen der Schiessplätze, usw.)

- für die, die total verweigern, weil der Dienst, wie eben geschildert noch bei der Armee stattfindet, und nicht z.B. im sozialen Bereich. Die Armee an sich sollte abgeschafft werden. Dafür müsste man bereit sein, einen hohen Preis zu bezahlen, nämlich eine lange Gefängnisstrafe.

Dazu muss man allerdings sagen, dass solche mutigen Entscheidungen zur Zeit um so "leichter" sind, dass es in der DDR bekannt ist, dass eine offiziöse Regelung sich durchgesetzt hat, wonach junge Christen, besonders Pfarrerkinder, gar nicht mehr einbezogen werden in die NVA, weil man davon ausgeht, dass sie entweder Bausoldaten sein wollen (und die Einheiten sind voll), oder total verweigern. Dieser Privileg für Christen hat dann die Kehrseite, dass z.Zt. die Mehrheit der Fälle von KDV keine Christen, sondern Humanisten und Pazifisten ^{sind} sind. Es gab sogar einen Fall, wo ein Christ, der einen Dienst leisten wollte, abgelehnt und nach Hause zurückgeschickt wurde.

2.2 Liberalisierung und Integration

Die Beziehungen zwischen Staat und Kirche: Hin zu einer neuen Art vom "Thron-Altar Bündnis"?

Als wir einen leitenden Kirchenmann in Berlin diese als Provokation gemeinte Frage stellten, waren wir doch verblüfft, seine Antwort zu hören: "Ja!". Die jüngsten Entwicklungen im Lande sowie solche, auch provokativ gemeinte Antwort erfordern, dass wir auf dieses schon einmal angesprochene Thema zurückkommen und es differenzierter betrachten.

Bevor wir unsere Beobachtungen und Erklärungsversuche berichten, muss eines klargestellt werden: wenn von einem neuem Bündnis zwischen Thron und Altar geredet wird, muss man erstmal sagen, dass es sachlich falsch ist, dass aber mangels besserer Begriffe auf diese alte Beschreibung zurückgegriffen wird. Denn was in der DDR jetzt geschieht, hat mit der Geschichte der Verwicklungen und Verflochtenheit der deutschen evangelischen Kirche besonders lutherischer Prägung mit der Staatsmacht, besonders in der Kurfürsten- und Kaiserzeit, das Geringste gemeinsam. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine Wiederholung solch eines Bündnisses, nämlich die ideologische und die ökonomische Abhängigkeit, fehlen.

Worum geht es also ?

Wir haben den Eindruck, dass die aussenpolitische Wichtigkeit der Kirche im Gange ist, sich innenpolitisch niederzuschlagen. Die Kirche wird immer mehr in die Gesellschaft integriert, und ihre Relevanz innerhalb des Landes wächst. Ein marxistischer Kirchenspezialist beobachtete letztes Jahr, dass die Kirche sich in einer Phase der "Hinwendung zur sozialistischen Gesellschaft" befindet, dass sie diesen Staat immer deutlicher anerkennt und ihren Platz innerhalb der Gesellschaft langsam findet. Von der Seite des Staates ist es dann natürlich, diese Kraft in der Gesellschaft in einer Koalition der Vernunft nach innen einzubeziehen und positiv aufzunehmen. Das wirkt dann in eine grössere Bereitschaft aus, die Anliegen der Kirche zu akzeptieren. Integration und Liberalisierung. Die Gedenkfeier der Befreiung vom Faschismus im Frühjahr haben so etwas gezeigt, sei es in Magdeburg oder in Dresden. Oder noch das Übernehmen, seitens des Staates, der Diakonissenpensionen und die relativ liberale Handhabung der kirchlichen Baulizenzen. Das sind alle Elemente, die in diese Richtung gehen: Koalition der Vernunft nach innen.

Wenn man jetzt auf die Seite der Kirchenleitungen guckt, kann man auch feststellen, dass Genugtuung darüber herrscht, wie das Verhältnis im Moment aussieht. Die letzten Verlautbarungen oder offiziellen Reden sind sehr ausgewogen und vorsichtig. Der 8. Mai bot auch allerlei Anlass, nicht gegen die DDR-Regierung zu sprechen. Die Differenzen -die bleiben- rücken immer mehr hinter den Gemeinsamkeiten zurück.

Nun, was bedeutet das für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche?

Auf jeden Fall bedeutet für uns diese Entwicklung eine Konkretisierung der Bedeutung des "im" in der Formel "Kirche im Sozialismus", d.h.: die Kirche nimmt immer mehr ernst, dass sie mit den Verfahrensregeln einer sozialistischen Gesellschaft umzugehen hat, sich in diese Gesellschaft hinein zu integrieren und sich nicht mehr als Fremdkörper abzugrenzen hat. Sie wird allmählich Bestandteil der sozialistischen Gesellschaft, ohne jedoch eine gesellschaftliche Organisation zu werden.

Die DDR-Regierung geht fest davon aus, dass die Kirche, und d.h. die Religion noch sehr lange Zeit im Sozialismus weiterleben wird. Damit hat sie sich abgefunden und die praktischen Konsequenzen gezogen für die notwendige Mitarbeit und Verständigung in der Gesellschaft. Daran ändert die erfreuliche Tatsache nichts, dass die Kirchen den Sozialismus mit der Zeit immer mehr anerkennen und immer weniger bekämpfen. Denn es gibt in der DDR-Gesellschaft, nach marxistischem Verständnis, subjektive und objektive Faktoren, die die Religion reproduzieren bei der Bevölkerung. Ausserdem spielen Kirche und Religion in der Erberezeption eine grosse Rolle zur Gewinnung und Gestaltung einer DDR-Nationalidentität, die ja fleissig getrieben wird.

Dies bedeutet natürlich auch eine breitere ideologische Toleranz im Lande, und gibt Wind im Segel derer, die der Meinung sind, der Atheismus und der Marxismus sind nicht wesensein, und die Bündnispartner zum Aufbau des Sozialismus auch unter den Christen suchen.

Dass sich diese kirchenpolitische Tendenz durchsetzt, hängt aber einerseits von der Haltung der Kirche selber ab und ihrem Umgang mit einigen "Basisgruppen", andererseits von politischen Entwicklungen im Lande und internationaler Art, vor allem gegenüber der BRD und "ihrer" EKD.

Es geht also nicht um den Verlust der Eigenständigkeit der Kirche, weder ökonomisch noch ideologisch (!). Es geht einfach um die Konsequenzen der Erkenntnis, die Kirche ist ein Partner in der gesellschaftlichen Entwi-

cklung der DDR. So will sie sich auch verstanden wissen. So ist ihre Mitarbeit in einigen Bereichen der Gesellschaft willkommen. Es geht um die konstruktive Haltung der Kirche gegenüber der sozialistischen Gesellschaft und die Reaktion der leitenden gesellschaftlichen Kräfte darauf, die positiv ist. Es geht um die Aufnahme der von der Kirche gewollten Integration in die gesellschaftliche Mitverantwortung. Es geht also darum, der Kirche ihren zuerkannten religiösen Bereich abdecken zu lassen. Ihr Raum wird nicht mehr in Frage gestellt, dessen Notwendigkeit auch nicht.

Für die Kirche bedeutet es neben der Anerkennung ihres Engagements in den diakonischen und auch friedenspolitischen Bereichen eine grössere Verantwortung und Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Staat. Es entstehen "normale" Verhältnisse zwischen einem kommunistischen Staat und einer Kirche als wichtigen gesellschaftlichen Faktor, d.h., die Verhältnisse sind nicht mehr von Abgrenzung und Misstrauen gekennzeichnet, sondern von mehr Offenheit und Vertrauen im Hinblick auf die gemeinsame Verantwortung für die DDR-Gesellschaft.

Lausanne, September 1985